



Bayerischer Landtag Landtagsamt Maximilianeum 81627 München

Landtagsamt

Herrn
Jörg Mitzlaff
Geschäftsführer
openPetition gemeinnützige GmbH
Am Friedrichshain 34
10407 Berlin

13.12.2022
GP.1027.18

**Zusätzliche Bettenkapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie schaffen;
Wartelisten abschaffen
Petition vom 28.09.2022**

Referat P II Ausschüsse,
Kommissionen
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81627 München
Telefon +49 (89) 41262393
Fax +49 (89) 41261768
petitionen@bayern.landtag.de

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat Ihre Petition in der öffentlichen Sitzung vom 22.11.2022 beraten und beschlossen,

der Petition „nicht Rechnung zu tragen“ (§ 80 Nr. 5 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag).

Die Stellungnahme, die die Grundlage für das Beratungsergebnis darstellte, und den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll haben wir zu Ihrer näheren Information beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Feldmann

Anlagen
1 Protokollauszug
1 Stellungnahme

Kommunikation allgemein
Telefon +49 89 4126-0
Fax +49 4126-1392
landtag@bayern.landtag.de
www.bayern.landtag.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U-Bahn U4/U5,
Max-Weber-Platz
Tram Linie 19, Maximilianeum



Zertifiziert seit 2007
audifit berufundfamilie

Jörg Mitzlaff in 10407 Berlin (GP.1027.18)

**- Zusätzliche Bettenkapazitäten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie schaffen;
Wartelisten abschaffen
- 436 Unterstützende -
G25c-K9150-2022/1-39 -Gesundheit-**

Vorsitz: Bernhard Seidenath (CSU)

Berichterstattung: Dr. Beate Merk (CSU)

Mitberichterstattung: Ruth Waldmann (SPD)

Abg. Dr. Beate Merk (CSU) berichtet, der Petent begehre zusätzliche Bettenkapazitäten, um Wartelisten im Bereich der psychiatrischen Unterstützung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen abschaffen zu können. In der Argumentation stelle er allerdings Behauptungen auf, die sich überhaupt nicht nachweisen ließen, beispielsweise, dass 70 % der Jugendlichen, die entsprechende Hilfe benötigten, zu spät oder gar nicht behandelt würden. Bayern stehe, so der Petent weiter, in diesem Bereich auf dem letzten Platz.

Hierzu sei Folgendes zu sagen: Im Rahmen einer Interpellation der GRÜNEN in der vergangenen Woche im Plenum sei abermals sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, dass in der bayerischen Gesundheitspolitik die psychiatrische Behandlung von Kindern und Jugendlichen ein zentrales Anliegen sei. Auch wenn noch nicht alles den Wünschen und Anforderungen entspreche und Wartezeiten einkalkuliert werden müssten, so sei doch klar, dass Kinder und Jugendliche in Akutlagen nicht abgewiesen würden, sondern sichergestellt sei, dass sie durch Krisenintervention und Notfallbehandlung Hilfe erfahren. An einer Verkürzung der Wartezeiten werde intensiv gearbeitet.

Infolge der pandemiebedingten Lockdowns hätten besonders bei Kindern und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten zugenommen. Auch wenn die Zahl der Betten im psychiatrischen Bereich in den letzten Jahren deutlich um 228 Betten erhöht und auch der teilstationäre Bereich um 96 Plätze ausgeweitet worden sei, bleibe vieles zu tun. So gebe es 123 Betten und 52 Plätze, die zwar genehmigt, bislang aber noch nicht realisiert seien. Hier seien die Träger der Krankenhäuser in ihrer Verantwortung gefordert; die Staatsregierung könne dabei nur unterstützend wirken.

Insofern wolle sie nochmals betonen, welch großes Augenmerk die Staatsregierung auf dieses Thema lege. Ihr Votum laute daher, der Eingabe gemäß § 80 Nummer 5 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag nicht Rechnung zu tragen.

Abg. Ruth Waldmann (SPD) weist hingegen auf die derzeit außerordentlich angespannte Situation hin und macht geltend, auch Ärzte schlugen Alarm, da die Zahl der Plätze in den bayerischen Kinder- und Jugendpsychiatrien tatsächlich viel zu gering sei, um dem wachsenden Bedarf zu entsprechen. Wer nicht suizidgefährdet sei, werde de facto nicht aufgenommen – mit der Folge, dass laut der bayerischen Vorsitzende im Berufsverband für Kinder- und Jugendpsychiatrie Betroffene teilweise inzwischen sogenannte "Anti-Suizid-Verträge" zu unterschreiben hätten – in der Hoffnung, dass diese eingehalten würden und bis zur Aufnahme kein suizidaler Akt vorgenommen werde.

Weiter führt sie aus, wie dramatisch die Situation tatsächlich sei, lasse auch die Stellungnahme des Gesundheitsministeriums durchblicken. Angesichts des akuten Handlungsbedarfs helfe allerdings der Satz "Gewisse Wartezeiten in Abhängigkeit vom psychischen Zustandsbild sind in der psychiatrischen Versorgung [...] regelhaft üblich und häufig unvermeidbar" nicht wirklich weiter.

Ihre Fraktion habe eine ganze Reihe von Initiativen eingebracht, etwa zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über den öffentlichen Gesundheitsdienst, und immer wieder vorgeschlagen, dass zur Überbrückung von Engpässen auch Gesundheitsämter Aufgaben der Beratung und psychosozialen Unterstützung übernehmen sollten.

Des Weiteren erinnere sie an den Bericht des Gesundheitsministers im Februar im Ausschuss zum Thema "Gesundheit von Kindern und Jugendlichen", bei dem auch die psychiatrischen Hilfen angesprochen worden seien. Der vom Minister angekündigte Vorstoß auf Bundesebene lasse aber noch immer auf sich warten.

Der hohe Bedarf sei nicht zuletzt auch im Rahmen der Anhörungen zu den Auswirkungen des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes zum Ausdruck gebracht worden, beispielsweise von einem Vertreter der LMU, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Auch in München gebe es Wartezeiten von bis zu einem Jahr.

Sie unterstreicht, Krankenhausplanung sei Ländersache, wobei selbstverständlich in Bayern die Bezirke mit ins Boot geholt werden müssten.

Auch wenn sie an dieser Petition ebenfalls vieles unzutreffend oder unglücklich formuliert finde und manche Aussagen klar zurückweise, mahne sie an, zur Kenntnis zu nehmen, wie schwierig die Lage tatsächlich sein. Mit einer Nichtbefassung könne sie sich nicht einverstanden erklären; sie plädiere stattdessen für Kenntnisnahme gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung.

LMR Dr. Hans Neft (Gesundheit und Pflege) trägt vor, die Situation sei mitnichten so, wie in der vorliegenden Petition dargestellt. Auch wenn die Lage in der bayerischen Kinder- und Jugendpsychiatrie weitere Verbesserungen erforderlich mache, so seien die notwendigen Weichenstellungen bereits vollzogen. Ca. 185 weitere Betten und Plätze seien bedarfsfestgestellt und müssten nun im Zuge der baulichen Realisierung umgesetzt werden. In welcher Geschwindigkeit hier vorgegangen werde, liege aber letztlich in der Verantwortung des jeweiligen Trägers. Am Geld scheitere dies nicht; der Krankenhausfinanzierungsetat sei so bemessen, dass es keinen Antragsstau gebe.

Die Staatsregierung sei sehr bemüht, die Träger entsprechend zu unterstützen; dies zeige auch die Tatsache, dass es aktuell keinen unbearbeiteten Antrag auf Erweiterung gebe. Die letzten beiden Erweiterungsanträge betreffend die Versorgung stationären und teilstationären Einrichtungen in Schweinfurt und in Hochried, Oberbayern, seien genehmigt worden mit acht Betten bzw. zwei Plätzen.

Das LMU-Klinikum unterliege – darauf wolle er noch hinweisen – der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums. Bei etwaigen Engpässen sei also dieses Ressort die Ansprechstelle.

Im Übrigen sehe es auch bei anderen Krankheitsbildern oder bei einem OP-Bedarf nicht so aus, dass stets von heute auf morgen ein geeigneter Behandlungsplatz zur Verfügung stünde.

Er betont, auch während der Pandemie seien die Notfallversorgung und die Krisenintervention flächendeckend sichergestellt gewesen. Im Rahmen einer großen Veranstaltung mit allen Trägern der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung, die

vor Kurzem stattgefunden habe, sei, anders als die Petition glauben mache, keine Forderung nach einem weiteren Ausbau der vollstationären Versorgung erhoben worden.

Im Übrigen nütze eine räumliche Erweiterung wenig, wenn nicht gleichzeitig auch das erforderliche Personal zur Verfügung stehe. Hier sei etwa auf die Situation im Isar-Amper-Klinikum in München zu verweisen, wo die neu geschaffene kinder- und jugendpsychiatrische Station mit 20 Betten nicht vollständig in Betrieb genommen werden könne, da noch immer das Personal fehle.

Abg. Dr. Dominik Spitzer (FDP) hält es für dringend erforderlich, seitens der Staatsregierung mehr Engagement an den Tag zu legen, um den Ausbau der so nötigen Versorgungsinfrastruktur samt der personellen Ressourcen zu beschleunigen. Hier nur auf die Träger zu verweisen sei zu wenig.

Er macht deutlich, der Wunsch, hier im Interesse der Kinder und Jugendliche vorwärtszukommen, überwiege den kritischen Blick auf die tatsächlich nicht glücklich formulierte Eingabe. Kinder seien die Zukunft; hier gelte es zu investieren.

(Die Empfehlung der Abg. Ruth Waldmann (SPD), die Eingabe der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, wird mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der AfD, der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der GRÜNEN abgelehnt.)

Beschluss:

Der Eingabe wird nicht Rechnung getragen.

Dem Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung sowie ein Protokollauszug zu übersenden.

(mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der AfD, der SPD und der FDP bei Enthaltung der GRÜNEN)

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege



Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
Postfach 80 02 09, 81602 München

Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen
GP.1027.18

Unser Zeichen
G25c-K9150-2022/1-39

München, 24.10.2022

Ihre Nachricht vom
29.09.2022

Unsere Nachricht vom

Petition des Herrn Jörg Mitzlaff in 10407 Berlin vom 28.09.2022
betreffend zusätzliche Bettenkapazitäten in der Kinder- und
Jugendpsychiatrie schaffen; Wartelisten abschaffen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der oben bezeichneten Eingabe nehme ich aus der Sicht des Staatsmi-
nisteriums für Gesundheit und Pflege wie folgt Stellung:

Die Sicherstellung einer flächendeckenden *Versorgung mit voll- und teil-*
stationären Angeboten für psychiatrisch erkrankte Kinder und Jugendliche
ist – gerade im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie – ein
zentrales Anliegen der bayerischen Gesundheitspolitik.

Die voll- und teilstationären Kapazitäten in der Fachrichtung Kinder- und
Jugendpsychiatrie und -psychotherapie (KJP) wurden bereits in den letzten

Dienstgebäude München
Haidenauplatz 1, 81667 München
Telefon 089 540233-0
Öffentliche Verkehrsmittel
S-Bahn: Ostbahnhof
Tram 19: Haidenauplatz

Dienstgebäude Nürnberg
Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon 0911 21542-0
Öffentliche Verkehrsmittel
U 2, U 3: Haltestelle Wöhrder Wiese
Tram 8: Manentor

E-Mail
poststelle@stmgp.bayern.de
Internet
www.stmgp.bayern.de

Jahren massiv ausgebaut. Aktuell stehen bayernweit 815 (stationäre) Betten und 517 (teilstationäre) Plätze zur Verfügung. Seit 2012 sind 228 Betten und 96 Plätze zusätzlich in Betrieb genommen worden; weitere 123 Betten und 52 Plätze sind bereits zusätzlich genehmigt, aber noch nicht in Betrieb.

Gewisse Wartezeiten – in Abhängigkeit vom psychischen Zustandsbild – sind in der psychiatrischen Versorgung jedoch regelhaft üblich und häufig unvermeidbar. Hinzu kommt, dass insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie der Bedarf an Behandlungsmöglichkeiten und damit die Auslastung der Kliniken weiter gestiegen ist. Auch mussten während der Corona-Pandemie aufgrund der geltenden Hygienevorschriften Tageskliniken teilweise geschlossen werden, was die Aufnahme von Patienten erschwert hat. Krisenintervention und Notfallbehandlung sind aber stets sichergestellt.

Das StMGP unterstützt die Träger der Krankenhäuser nach Kräften beim bedarfsgerechten Ausbau ihrer Kapazitäten und setzt sich auch weiterhin aktiv für eine schnellstmögliche Inbetriebnahme der bedarfsfestgestellten Betten und Plätze ein. Die Verantwortung für Inhalt, Umfang und Zeitpunkt einer Krankenhausbaumaßnahme liegt beim jeweiligen Krankenhausträger. Das StMGP hat hier keine direkten Eingriffsmöglichkeiten und kann im Hinblick auf Kapazitätserweiterungen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur auf Antrag tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Holetschek MdL
Staatsminister